

BERICHT
der Finanz- und Rechnungsprüfungs-Kommission
zum
VORANSCHLAG 2009

1. Zusammenfassung

Dem Budget 2009 liegen zwei grundlegende, methodische Veränderungen zu Grunde, mit welchen die Transparenz und Vergleichbarkeit und damit die Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Rechnungslegung deutlich gesteigert werden kann. Mit der konsequenten Zuordnung von Wert erhaltenden Investitionen (Reparatur/Unterhalt) in die Laufende Rechnung einerseits und mit der klaren Ausrichtung der Internen Verrechnungen (Personal-, Sachaufwand und Kapitaldienste) auf die spezialfinanzierten Aufgaben andererseits, sind die Weichen dazu gestellt worden. Aus diesem Grund sind Vergleiche der erwähnten Sachaufwandarten mit dem Voranschlag 2008 wie mit der Rechnung 2007 nicht ganz einfach herzustellen. Es ist jedoch der Weg in die richtige Richtung, wie dies HRM2 (Harmonisiertes Rechnungsmodell für Kantone und Gemeinden), dem in Kürze einzuführenden Rechnungslegungsstandard für Kantone und Gemeinden vorsieht!

In der finanzpolitischen Würdigung des Budgets 2009 schätzt die Kommission die Auswirkungen der globalen Finanzkrise und den damit auch für die Schweiz einhergehenden negativen Einwirkungen auf die Wirtschafts- und Beschäftigungslage für das kommende Jahr noch nicht als erheblich ein. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das Budget und die Rechnung 2010 durchschlagen.

Die Kommission stützt daher die Grundlagen und Voraussetzungen für den Voranschlag 2009. Sie nimmt insbesondere Kenntnis vom ungebrochenen Willen des Gemeinderates und der Verwaltung, trotz teuerungsbedingtem Anstieg des Aufwandes einen positiven Rechnungsabschluss vorlegen zu können und Potentiale für Einsparungen oder Mehrerträge zu identifizieren und zu realisieren.

Ohne Berücksichtigung des Teilzieles „keine neue Verschuldung“ könnte von einem „courant normal“ gesprochen werden. In Anbetracht der Tatsache, dass für die Refinanzierung der gesamten Netto-Investitionen Fremdkapital im Umfang von 2,7 Mio. Franken aufgenommen werden muss, und im speziellen Hinblick auf die mittelfristige Investitionsplanung sowie im Kontext mit den kommentierten Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, kann nach realistischer Einschätzung an diesem Teilziel nicht mehr festgehalten werden. Einschränkend, ohne die vorhergehende Aussage zu relativieren, muss erwähnt werden, dass ein Teil der Neuverschuldung durch verschobene Investitionen aus dem Jahre 2008 entsteht.

Schulden bedeuten zukünftige Verpflichtungen und belasten die Rechnung mit Fixkosten, welche mit zukünftigen Steuererträgen gedeckt werden müssen. Und Fremdfinanzierung unterstellt immer eine hohe Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung aus Eigenkapital oder positiven Rechnungsergebnissen. Die Beantwortung der Frage nach Anpassungen des Investitions- und Projektportfolios oder derjenigen einer Steuererhöhung wird wohl nicht zu vermeiden sein, wenn zusätzliche Fremdverschuldung ausgeschlossen werden soll.

Die Kommission kommentiert nachfolgend diejenigen Positionen des Voranschlages, welche zur Erreichung einer ausgeglichenen Rechnung von erfolgskritischer und zur Aufgabenerfüllung von wesentlicher Bedeutung sind.

2. Kommentar

2.1 Laufende Rechnung

Das Budget der laufenden Rechnung kann in einer ganzheitlichen Betrachtung als solid und ausgewogen bewertet werden.

In positivem Sinne bemerkenswert ist die Tatsache, dass die „Betriebskosten der Verwaltung“, einem Vergleich mit der diesbezüglichen Durchschnittsbelastung der Baselbieter Gemeinden standhalten. Beim Sachaufwand liegt Allschwil sogar um einige Prozentpunkte günstiger, als der Durchschnitt. Der Aufwandanteil für Passivzinsen (Fremdschulden) liegt hingegen über dem Durchschnitt und ist Hinweis auf den Verschuldungsgrad aus einer anderen Optik als die Nettoverschuldung pro Einwohner.

Allschwil liegt im Vergleich des Gesamtaufwandes über die Jahre 2004 bis 2007 rund 3,6% über dem Benchmark (BL Gemeinden). Diese Differenz ist Ausdruck der überproportionalen Belastung der laufenden Rechnung mit gesetzlich geregelten Beiträgen und Entschädigungen an den Kanton, an Gemeinwesen und Institutionen im Umfang von 27,6 Mio (38,0% des Aufwandes). Für das Budget 2010 kann aus dem neuen Finanzausgleich eine Abgeltung für diese Sonderlasten erwartet werden.

Die Kommission beurteilt die budgetierten Steuererträge als realistisch. Einige Parameter, wie die wirtschaftliche Entwicklung, die Auswirkungen parlamentarischer Initiativen wie der Ausgleich der kalten Progression, Vorzug von Steuererleichterungen, etc.) sowie die Einflüsse bereits beschlossener Steuerreformen sind aus heutiger Sicht schwer einzuschätzen. Das im Aufbau begriffene Instrument für einen verbesserten Umgang mit diesen Planungskriterien wird eine deutliche Steigerung der Planungssicherheit für diese kritische Erfolgsposition mit sich bringen.

Es ist davon auszugehen, dass die Kurserosion an den Börsen zu erheblichen Korrekturen der Wertschriftenbestände per Ende 2008 führen wird. In wie weit sich diese Konsequenz als Schwankungsrisiko auf das Vermögenssteuersubstrat auswirkt, ist schwer abzuschätzen. Geschäftsgang und Ergebnisperspektiven der wichtigsten in Allschwil domizilierten Unternehmen lassen für den Steuerertrag 2009 erwarten, dass die vorerwähnten Schwankungsrisiken kompensiert werden dürften.

2.2 Investitionsrechnung

Das Investitionsbudget 2009 der Einwohnerkasse repräsentiert ein überdurchschnittliches Investitionsprogramm. Verschiedene im Budget 2008 geplante Vorhaben mussten verschoben werden und kommen im Planjahr 2009 zur Ausführung. Dabei beanspruchen die Projekte für die Oeffentliche Sicherheit (Feuerwehrmagazin, Zivilschutz) und Verkehr (Strassenbau, Beleuchtung, Werkhof und Fahrzeugersatz) rund 77% des Budgets.

Die Planung und Umsetzung dieser Vorhaben stellen für die involvierten Verwaltungsbereiche (Tiefbau und Umwelt) eine besondere Herausforderung dar. Die Bereitstellung der dazu erforderlichen finanziellen Mittel ist eine Sache. Die zur Realisierung notwendigen personellen Ressourcen, Strukturen und Prozesse eine andere. Die Kommission gestattet sich die Empfehlung an den Gemeinderat, dass in diesem speziellen Kontext die erfolgskritischen quantitativen und qualitativen Aspekte dieser Projekte mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und überprüft werden (Controlling).

2.3 Spezialfinanzierungen

Zu den Spezialfinanzierungen hat die Kommission keine besonderen Bemerkungen. Sie nimmt Kenntnis von der bereits im Vorjahr beratenen Senkung der Gebühren für die Abfallbeseitigung von heute CHF 2.60 auf CHF 2.30 ab 1. Januar 2009.

Es darf weiter hervorgehoben werden, dass sich die Aufwand- wie Ertrags- und Investitionsentwicklungen im Budget 2009 der Spezialfinanzierungen im Rahmen der langfristigen Planung bewegt.

2.4 Bemerkungen zum Vorgehen

Die Beratung und Begutachtung des Voranschlages 2009 wurde in drei Subkommissionen vorgenommen. Diese wurden nach der beruflich, fachlichen Kompetenz und den persönlichen Interessen der Kommissionsmitglieder konstituiert. Als Arbeitsergebnis resultierte ein umfangreicher Fragenkatalog, welcher vom Gemeinderat respektiver der Gemeindeverwaltung mit Bericht vom 6.11.08 ausführlich und zur vollen Zufriedenheit der Kommission beantwortet wurde.

Anträge

Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat:

1. den Voranschlag 2009 für die Einwohnergemeinde Allschwil zu genehmigen.
2. den Steuersatz für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen für das Steuerjahr 2009 unverändert auf 58% der Staatssteuer festzulegen.
3. die Steuersätze für die Ertrags- und Kapitalsteuern der Juristischen Personen für das Steuerjahr 2009 unverändert festzulegen.
4. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe für Natürliche Personen unverändert auf 6% der Gemeindesteuer festzulegen.

Der vorliegende Bericht wurde von der Kommission am 17. November 2008 einstimmig genehmigt.

Allschwil, 17. November 2008

Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Hans-Peter Tschui
Präsident

Stephan Wolf
Vize-Präsident

An der Sitzung haben teilgenommen:

Barbara Selinger (SP/EVP)
Christoph Benz (SP/EVP) als Ersatz für Semra Sakar (SP/EVP)
Julia Gosteli (Grüne)
Jérôme Mollat (FDP/Grünliberale)
Stephan Wolf (CVP)
Réne Imhof (SVP)
Hans-Peter Tschui (SVP)